

Man wehrt sich wieder: über das "neue" Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung

Hitzler, Ronald

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hitzler, R. (1994). Man wehrt sich wieder: über das "neue" Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung. *Liberal - Vierteljahreshefte für Politik und Kultur*, 36(3), 86-90. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-57285>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

zusetzen. Imperialismus und Schutzzollpolitik (die in Wirklichkeit – so hatten Cobden, Bright, Prince-Smith und Bastiat nachgewiesen – immer auch das eigene Land schädigen) bringen Europa auf jene abschüssige Bahn, an deren Ende der Erste Weltkrieg steht. Alles dies findet unter konservativen, sozialistischen, sozialliberalen und nationalen Intellektuellen nichtsdestoweniger so viel Anklang, daß bald der Eindruck erweckt wird, daß es der ›Manchester-Liberalismus‹ gewesen sei, der für die Übel der Welt – Imperialismus, Verarmung und alles, was sonst noch so einfällt – verantwortlich ist. Die Geschichte wird immer von den Siegern geschrieben – in diesem Fall ist dies so offenkundig wie selten. Das Geschichtsbild dieser unheiligen Koalition prägt noch heute die populären Anschauungen, die über das ›Manchestertum‹ bestehen. Es liegt wie eine Bürde auf dem Liberalismus. Es hat das Selbstbewußtsein fast aller Liberalen untergraben, die sich für weniger Staat und mehr Markt einsetzen. Es hat Menschen davon überzeugen können, daß Nationalismus und Obrigkeitsstaatlichkeit menschlicher seien als Weltbürgertum und Freiheit (der Glaube der ›Manchester-Liberalen‹). Es unterminiert langfristig die Basis für jenen Massenwohlstand und jenen Sieg über die Not, den wir nämlich nicht der staatlichen Umverteilungsbürokratie, sondern nur der Entfesselung individueller Eigenverantwortung verdanken. Es wird

Zeit, daß wir die Bürde dieser erfolgreichen Geschichtslüge abwerfen und lernen, stolz darauf zu sein, einer Tradition wie dem ›Manchester-Liberalismus‹ anzugehören.

Vor den Arbeitern des ›Rochdale Working Men's Club‹ äußert Bright 1877 die Hoffnung, daß der Kampf der Manchester-Liberalen einmal späteren Generationen als eine der großen Episoden der Menschheit vorkommen werde – eine Hoffnung, die zwar enttäuscht wurde, aber doch dem wirklichen moralischen Verdienst dieser Bewegung gerecht geworden wäre. Denn von dieser Episode, so Bright, lernten die Menschen »von der Freiheit und wie die Freiheit gewonnen wurde, was die Freiheit für sie getan hat und erleuchtet auch jene Pfade der Freiheit, die noch offen vor ihnen liegen.« ■

Literaturempfehlungen:

John Bright, Selected Speeches of the Rt. Hon John Bright, hrsg. v. J. Sturge, London 1907

Richard Cobden, Speeches on Questions of Public Policy, hrsg. v. John Bright u. James E. Thorold Rogers, 2 Bde., London 1870

Volker Hentschel, Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß, 1858-1885, Stuttgart 1975

John Morley, The Life of Richard Cobden, London/Dublin/Edinburgh, o.D.

Ralph Raico, Der deutsche Liberalismus und die deutsche Freihandelsbewegung – eine Rückschau, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 36. Jg., 3/1987, 263ff

George Roche, Free Markets, Free Men. Frederic Bastiat, 1801-1850, Hillsdale 1993

Man wehrt sich wieder

Über das ›neue‹ Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung

Ronald Hitzler

Bis vor kurzem noch schien es, als werde dieses Land unweigerlich, und eher über kurz als über lang, von einem technologischen Patriarchat zu einem ökologischen Feminat. Denn daß die

Frauen kommen würden, und zwar gewaltig, schien allenfalls noch eine Frage des ›Wie‹, keineswegs aber noch des ›Ob‹. Und eine ›grüne‹ Grund-Gesinnung war zumindest in dem Sinne konsensuell geworden, daß niemand mehr ›allen Ernstes‹ öffentlich einen ausdrücklich und als solchen erkennbaren umweltfeindlichen Gedanken äußerte. Hinter diesen Großthematiken gab es

Dr. Ronald Hitzler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie, Universität Bamberg.

zwar weiterhin die alten sozialen Probleme der Industriegesellschaft, aber wenn man Großrisiken und Geschlechterfrage als sozusagen fatale Rahmenbedingungen ansah und mithin außer Acht ließ, dann konnte man durchaus den Eindruck gewinnen, wir bewegten uns im wesentlichen in einem zwar nicht harmonischen aber durchaus bewältigbaren multikulturellen Erlebnisraum. Und bis vor wenigen Jahren schien es deshalb auch so, als lasse sich die – wesentlich großstädtische – Arena sozialer Konflikte als ein etwas rauheres Exempel dieser ›Erlebnisgesellschaft‹ beschreiben, als gehe es eben vor allem um subkulturelle Distinktionsmarkierungen, um die Betonung, um Anerkennung und Ablehnung unterschiedlicher und zum Teile auch gegensätzlicher Lebensstile.

Vom Spaß am Geldverdienen bis zum Engagement in der Bürgerinitiative, von der spirituellen Wiedererweckung bis zum selbstgenügsamen Cocooning, vom freiwilligen Nachtdienst im Frauenhaus bis zum Mountain-Biking, von der Parteikarriere bis zum Senioren-Bodybuilding, von der Masturbationstherapie bis zur Verbandspolitik, vom Einsteigdiebstahl bis zum Ostermarsch, vom Steuerbetrug bis zum Schwangerschaftsabbruch, von der Rückbesinnung auf archaische Lebensweisen bis zum Cyberspacing: die kleine Welt der späten Bonner Republik schien mehr und mehr zu einem riesigen Optionenkarussell zu werden. Und mitfahren konnte man zwar nicht gerade zum Nulltarif, aber doch zu zumeist und für die meisten erschwinglichen Preisen.

›Fröhlich rauscht der Intercity durch die Bundesrepublik. Überall herrscht Bombenstimmung, von Bad Tölz bis Osnabrück‹, sang Ingrid Caven in den achtziger Jahren. Inzwischen sind 17 Millionen neue Fahrgäste zugestiegen, und statt der Bombenstimmung herrscht überall Gedränge und Geschiebe. Während sich die professionellen Trittbrettfahrer geschickt in den Fahrtwind ducken, trägt es viele andere einfach aus der Kurve. Im Zug, in dem ohnehin niemand mehr zu wissen scheint, wohin die Reise eigentlich geht, werden neue Ansprüche eingeklagt und wird dagegen auf alte Privilegien gepocht – oder umgekehrt. Eine Angst, fast vergessen geglaubt, geht um: Wer noch etwas hat – Sitzplatz, Koffer, Reiseproviant –, fürchtet, es zu verlieren; wer nichts hat, fürchtet, es auch nicht mehr zu bekommen, hat Angst, auch noch den letzten Steh-

platz einzubüßen. Also: Man muß sich wieder Bewegungsraum verschaffen, man muß sich endlich Luft machen, Ordnung muß sein – mit Sicherheit.

Risiken im liberalen Staat

Eine der Grundideen des von Ulrich Beck entworfenen Gegenwarts- und Zukunftsszenarios lautet, daß wir es (weltweit) mit unkontrollierten, ja unkalkulierbaren und seltsam ›gleichverteilten‹ Zivilisationsrisiken zu tun haben und daß die soziale beziehungsweise die Klassenfrage mit ihrer alten Dynamik der Verteilungs- und Herrschaftskonflikte abgelöst wird durch die ökologische Frage mit der neuen, dazu querliegenden, auf Technikkritik basierenden Konfliktdynamik. Ich fürchte, daß Beck recht hat mit den unkalkulierbaren Zivilisationsrisiken und der daraus resultierenden neuen Konfliktdynamik. Ich fürchte aber auch, daß die ›alten‹ Verteilungsfragen zum Teil persistieren und in der gegenwärtigen ökonomischen Krise wieder auf- und hervorbrechen, und daß sie zum anderen in zwar nicht neuer aber unter dem sozialstaatlichen Deckmantel weitgehend in Vergessenheit geratener ›Gestalt‹ wiederkehren: in der ›Gestalt‹ der alltäglichen *Angst* vor (vermeintlich) allgegenwärtiger Kriminalität und Gewalttätigkeit und der daraus resultierenden oder davon profitierenden Neigung, sich mit allen (möglichen) Mitteln dagegen zur Wehr zu setzen.

Es gibt eine grundlegende logische Differenz zwischen der Wahrnehmung der von Beck konstatierten ›industriegesellschaftlich erzeugten‹ Zivilisationsrisiken und der Wahrnehmung dessen, was ich hier als ›liberalstaatlich erzeugte‹ Zivilisationsrisiken bezeichnen möchte: Von den Risiken, die aus der industriellen Erfolgsgeschichte resultieren, grosso modo also von den *ökologischen* Gefahren, scheinen, so Beck, inzwischen sozusagen *alle* bedroht zu sein; aber nicht alle wissen um diese Bedrohung, wissen *genug* über diese Bedrohung, und vor allem nehmen keineswegs alle ihr Wissen zum Anlaß, um *gemeinsam* anders als gewohnt zu handeln. Von den Risiken hingegen, die nach Auffassung von immer mehr Menschen aus einem (allzu) liberalen Staatsverständnis herrühren, vor allem also von der Gefahr, zum Opfer von Eigentums- und Gewaltdelikten zu werden, scheinen mehr oder weniger *alle* zu wissen, mehr als genug zu wissen, und immer mehr nehmen dieses Wissen auch zum An-

laß, nicht mehr einfach auf die Ordnungskräfte zu vertrauen, sondern sich selber (irgendwie) zur Wehr zu setzen, obwohl, wenn man den seriöseren unter den einschlägigen Statistiken glauben darf, »alle« keineswegs als tatsächlich (sonderlich) bedroht angesehen werden müssen.

Aber im einen wie im anderen Fall gilt offenbar, daß Risikowissen in weiten Teilen eben *nicht* auf eigenen Erfahrungen beruht, sondern von (je einschlägigen) Risiko-Experten symbolisch produziert, bereitgestellt und distribuiert wird, und daß dadurch der Rezipienten-Typus des Risiko-Bewußten entsteht (der eben durchaus nicht notwendigerweise identisch ist mit dem Risiko-Betroffenen). Dieser Risiko-Bewußte ist in beiden Fällen symptomatischerweise derjenige, der Abhilfe oder doch zumindest verstärkte Sicherungsmaßnahmen einfordert, einklagt – und auch der, der unter Umständen selber »Maßnahmen« ergreift. Beide Risikoszenarien treiben somit als politische Organisationsform entweder den *Sicherheitsstaat* hervor, also den Staat, der gegenüber einer hinlänglich großen Zahl von Bürgern glaubhaft zu machen vermag, er könne (wie auch immer) die je eingeforderte Sicherheit hinlänglich zufriedenstellend gewährleisten, oder aber sie provozieren eine Vielzahl von bürokratisch-politisch nicht kontrollierbaren »Bürgerinitiativen« von wenn nicht von den Intentionen her so doch zumindest in ihren Konsequenzen (letztlich) gegenüber dem staatlichen Ordnungs- und Gestaltungsanspruch *subversiven* Aktionsformen, also von »Subpolitiken«.

Da nun, Beck zufolge, aber eben niemand mehr »alles« zu planen, niemand mehr »für alles« verantwortlich zu zeichnen vermag, laufen die »amtlichen« Sicherheitsversprechen gegenüber *beiden* Risikowahrnehmungen zusehends an dem vorbei, was die – von den einschlägigen »Warnern« bewußt gemachten – Menschen als »Realität« ansehen: nämlich daß sie gefährdet, daß sie bedroht sind. Und deshalb machen gegenwärtig Bürger *sowohl* gegen die industriezivilisatorische Zerstörung unserer Lebensgrundlagen mobil, *als auch* gegen die liberalstaatlich geduldete beziehungsweise nicht hinlänglich unterbundene alltägliche Unterminierung ihrer Lebensqualität. Im ersteren Fall drücken sich hierbei im wesentlichen ins Kollektive gewendete Existenzängste, im letzteren Fall drücken sich darin vorwiegend (noch) auf »Fremdes« gerichtete Besitz- und Konsumängste aus.

Während die ökologisch (und die feministisch) orientierten Subpolitiken also noch auf eine Gesellschaftsformation antworten, die wesentlich den industriezivilisatorischen Fortschritt repräsentiert, sind die *vigilantischen*, die auf präventiven und reaktiven Selbstschutz abzielenden Subpolitiken wesentlich Ausdruck einer Gesellschaft, die aufgeschreckt, die herausgerissen worden ist aus dem von Burkart Lutz so genannten »Traum immerwährender Prosperität«. Denn entgegen allen dermaleinst aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus gespeisten Hoffnungen und allen ebenso vollmundigen wie verantwortungslosen wahltaktischen Verheißungen: die wirtschaftliche Entwicklung retardiert gegenwärtig ebenso wie (weniger augenfällig, aber längerfristig vermutlich weitaus problematischer) die *zivilisatorische*: Nach der Ablösung des (die globale Gesamtlage ironischerweise stabilisierenden) Ost-West-Konfliktes durch ein bislang nahezu regellos erscheinendes Gewirr von »kalten« und »heißen« Klein-Kriegen im zwischenstaatlichen Verkehrsraum und unter den Bedingungen (mitunter dramatisch) veränderter Ungleichheitslinien und immer neu aufbrechender Interessengegensätze in inner- und zwischenstaatlichen Arenen, fehlt es derzeit nicht nur an strategischen »Erfolgsrezepten«, es fehlt zusehends bereits an taktischen Konzepten, um sich auch nur durch die drängendsten Aufgaben »des Tages« hindurchzuwursteln. Institutionalisierte politische Routinen laufen, wie es scheint, zunehmend prinzipiell ins Leere: Steuerungskonzepte, die – lange Zeit – funktioniert haben, greifen immer weniger, weil sich eben das Gesamtszenario grundlegend verändert (hat).

Das gesellschaftliche Leben erscheint also zunehmend und *zugleich* als eine unaufgeräumte Arena anhaltender Geschlechterkämpfe und (nachwievor) zunehmender (und zunehmend intoleranter) Lebensstil-Auseinandersetzungen aller möglichen Art, als ein Musterfall ökologischer Sensibilisierung des gemeinen Untertanen und der bürokratischen Ignoranz gegenüber ökologischen Großgefahren in einem *und* als eine stete Quelle ökonomischer Irritationen infolge immenser Umschichtungen von Ressourcen und der diese begleitenden »Überlebens-Kämpfe« aller gegen alle, und damit als ein (hektisches) Durcheinander vielfältiger, vielfach antagonistischer Ideo-

logien und ideologischer Kombinationen, Mixturen und Melangen und als eine Brutstätte der Militanz im Hinblick auf zunehmende zwischenmenschliche Gewaltbereitschaft. Und irritierenderweise lassen sich diese ›neuen‹ Verteilungskämpfe kaum noch und immer weniger mit dem überkommenen klassifikatorischen Analyse-Raster von Links und Rechts, von progressiv und konservativ, von revolutionär und reaktionär, und so weiter fassen.

Viele der lange Zeit scheinbar stabilen ›bürgerlich-traditionellen‹ Institutionen scheinen im Gefolge dieser Entwicklungen mehr oder weniger rasch, mehr oder weniger augenfällig, mehr oder weniger nachhaltig zu ›erodieren‹. Und insbesondere die (großen) Städte beginnen sich von *Schauplätzen* aller möglichen, mehr oder minder expressiv inszenierten Ungleichheiten zu *Nahkampfstätten* heterogener und vielfach antagonistischer Wohn- und Lebensinteressen zu wandeln. Auch ohne sogleich, wie Hans-Magnus Enzensberger, von einem bereits allgegenwärtigen ›Bürgerkrieg‹ sprechen zu wollen: Der Fremde, zu dem heutzutage jeder Einzelne schon beim Gang um die nächste Ecke werden kann, tut zusehends gut daran, sich durch ihm wenig oder nicht vertrautes Terrain *mit* statt *ohne* Vorurteile darüber zu bewegen, welchen Risiken man an welchen Orten, in welchen Milieus und Arrealen ausgesetzt ist.

Und je mehr und je fragloser Menschen unterstellt wird, (von staatlicher Seite ungeschoren) davon zu leben, durch den Verfolg *ihrer* Interessen anderen Menschen das Leben (wie auch immer) schwer zu machen, um so mehr wird denen, denen (vermeintlich) das Leben von anderen schwer gemacht wird, die Sehnsucht nach Ruhe, Ordnung, Sicherheit zum nicht mehr nur privaten Anliegen, sondern zur öffentlich vorgetragenen, zur politischen Forderung. Oder abstrakter ausgedrückt: Entsprechend der von Robert K. Merton analysierten Logik einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zeigen sich (derzeit wieder zunehmend) Menschen, die meinen, sie hätten ›etwas zu verlieren‹, bereit, sich (wie auch immer) gegenüber anderen, von denen sie sich ›alltäglich‹ bedroht wähnen, zur Wehr zu setzen.

Diese wachsende Wehr-Bereitschaft greift aktuell (relativ) unabhängig von (wie auch immer bestimmbar) *objektiven* Risiken und Bedrohungen um sich. Denn die dahinterstehenden Sicherheitsbedürfnisse drücken eben *tatsächliche*

Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung aus. Und entsprechend dem bekannten Diktum von William I. Thomas, wonach die *Definition* einer Situation als ›real‹ reale Konsequenzen zeitigt, resultiert daraus, zunehmend sichtbarer werdend, so etwas wie eine (gegenüber unseren zivilisatorischen Gewohnheiten) neue Politisierung der Sicherheitsfrage.

Die neuen ›Vigilanten‹: Pro und Contra

Sich abschotten, einschließen, einbunkern, das sind bis jetzt zwar noch die verbreitetsten Reaktionsweisen auf die Angst vor dem, was sich ›da draußen‹ (vor der Tür) abspielt, was einen in vielfältigen ›Masken‹ zu bedrohen scheint. Türriegel, Vorleseschlösser, Mehrfachsicherungen, Alarmgeber und Überwachungskameras breiten sich von den Großbürger-Villen in die Kleinbürger-Quartiere aus: Wohnen hinter einem Wall von Sperrmechanik und Einfriedungselektronik. Trillerpfeifen, Pfeffersprays, Tränengaspistolen, Elektroschocker gehören zur individuellen städtischen Survival-Ausrüstung: Noch scheint (hierzulande) die Passiv-Bewaffnung die Heimkehr mit heiler Haut hinlänglich zu gewährleisten.

Wo derlei ›privatistische‹ Vorkehrungen zum Schutz von Hab und Gut und von Leib und Leben das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit auch nicht mehr so recht gewährleisten wollen, da werden dann neuerdings jedoch die (anscheinend chronisch unterbesetzten) amtlichen Ordnungskräfte verstärkt, ergänzt und – im Zweifels- und (noch) im Ausnahmefall auch – ersetzt. Je nach Mentalität und Ressourcenlage des Schutzbedürftigkeit deklarierenden Milieus werden hierzu kommerzielle Wachdienste engagiert, observationsfreudige Nachbarschaftshilfen gegründet oder – mehr oder weniger zu- und durchgriffswillige – Quartier-Patrouillen und Bürgerwehren organisiert.

›Schwarze Sheriffs‹ und (mitunter auch) ›Guardian Angels‹ demonstrieren Präsenz in den öffentlichen Nahverkehrsnetzen, durch die schützenswerte Restnatur urbaner Erholungsräume streifen freizeitaktive Umwelt-Wächter, und im Bemühen um staatliche Kanalisierung und Kontrolle bürgerlicher Wehrwilligkeit wurden jüngst, nach Baden-Württemberg und Berlin, auch in Bayern amtlicherseits freiwillige Hilfstruppen für den Polizeidienst installiert. Kurz: In dem Maße,

in dem ›Sicherheit‹ zum zentralen Indikator der Frage nach (städtischer) Lebensqualität wird, steigen die *Kosten* für dieses als zunehmend ›knapper‹ werdend bewertete Gut; Kosten, die offenbar entweder in Form von Zeitinvestitionen, von Disziplin und persönlichem Risiko oder in Form finanzieller Mehraufwendungen oder in beiderlei Hinsicht anfallen.

Gleichwohl: In welcher Form auch immer, ob als kommerzielle Wachtdienste beauftragende Interessengemeinschaft, ob als ehrenamtliche Hilfstuppe der Polizei, als nachbarschaftliche Polizeibenachrichtigungsinitiative oder als (gegen) gewaltbereite Verteidigungs- und Wehrgemeinschaft, immer öfter und immer selbstbewußter machen Bürger, machen Normalbürger mobil – gegen Rabauken von rechts und von links, gegen Kriminelle, gegen Ruhestörer und Belästiger, gegen Drogen- und Stricherszenen – und gegen ihre eigenen Umbruchs- und Zukunftsängste.

Je nach ›Temperament‹ und Organisationsform, schaffen diese neuen ›Vigilanten‹ dort, wo (ihnen) die tradierten zivilisatorischen Regeln des Zusammenlebens suspendiert erscheinen, neue Ordnungsräume. Insbesondere Nachbarschaftshilfen aller Art befördern Solidarität und kollektives Selbstvertrauen unter den in solchen Initiativen Engagierten, und sie schüren zugleich nervöse Wachsamkeit, Mißtrauen gegenüber allem und jedem, was nicht ›dazugehört‹ und somit präventiv als ›verdächtig‹ einzustufen ist. Dergestalt dürften sich unter den einschlägig sensibilisierten Bürgern schnell ›Wagenburg-Mentalitäten‹ ausbreiten: hohe Sozialkontrolle ›nach innen‹ und abwehrbereite Geschlossenheit ›nach außen‹.

Eine solche (drohende) Entwicklung hin zur alltäglichen Verunsicherung von Jedermann durch die lokalidiosynkratische Produktion kleinräumig begrenzter Gefühle von ›mehr Sicherheit‹ ruft typischerweise jene breite Koalition der Verteidiger des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber anderen (archaischeren?) Ordnungsmodellen auf den Plan der medienöffentlichen Diskurse. Entgegen hierbei vielfach geäußerten Bedenken und Befürchtungen läßt sich eine dergestaltete Wiederaneignung der Sicherheitsgewährleistung durch die Bürger möglicherweise aber auch verstehen als eine Übertragung des auf

dem moralischen Gebot der Solidarität gründenden Selbsthilfe- und Hilfe-zur-Selbsthilfe-Gedankens von den klassischen Feldern der Sozialpolitik (zum Beispiel Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Gesundheit, Familie, Wohnen, Armut, und so weiter) auf einen anderen elementaren Bereich der *Existenzsicherung*, eben den der Verteidigung von Hab und Gut und von Leib und Leben.

Allerdings darf meines Erachtens auch unter solchen Vorzeichen die zentrale Problematik *dieser* Form der Selbsthilfe nicht ignoriert werden: Diese besteht in einer Fülle von zum Teil nicht nur unbeantworteten, sondern noch gar nicht gestellten Fragen nach den Kontroll- und Steuerungschancen gegenüber einem dadurch aktivierbaren, diffusen Gewaltpotential. Um aus diesem Problembereich lediglich *ein* Beispiel herauszugreifen: Sowohl die Ordnungsvorstellungen als auch die Sanktionsmaßnahmen, auf die von Schutzgemeinschaften rekurriert wird, beziehen sich zum einen zwar auf gesetzliche Bestimmungen. Sie können sich zum anderen aber grundsätzlich auch auf *nicht* gesetzlich abgesicherte, aber ›erwünschte‹ Verhaltensnormen und Reaktionsweisen sowie auf willkürlich von der Schutzgemeinschaft getroffene Festlegungen über ›Verstoß und Vergeltung‹ beziehen.

Die Differenz zwischen ordnungsgemäßem und ordnungswidrigem Verhalten wäre damit nicht mehr eindeutig gesetzlich definierbar, sondern in den Ermessensspielraum der Schutzgemeinschaft beziehungsweise einzelner ihrer Mitglieder gestellt. ›Geahndet‹ – und zwar nicht nur im Sinne legaler strafrechtlicher Verfolgung – werden könnten dann dementsprechend nicht mehr nur *strafrechtlich* relevante Delikte, sondern eben auch Verhaltensweisen, die als Verstöße gegen die (sozusagen lokalidiosynkratisch) von der jeweiligen Schutzgemeinschaft (willkürlich) definierten Ordnung interpretiert werden. Kurz: ›Selbstjustiz‹ im weitesten Sinne, das heißt alle Formen organisierter Antizipationen und Reaktionen von Mitgliedern einer Schutzgemeinschaft auf Verstöße gegen die legale, aber eben mitunter *auch* gegen die von den Mitgliedern dieser Schutzgemeinschaft als legitim betrachtete Ordnung, liegt im Rahmen solcher neuer Sicherheitsaktivitäten allzu nahe. ■